

Koalitionsvertrag ignoriert Kinder- und Jugendarmut und verdrängt soziale Gerechtigkeit

Die Linke

BAG Kindheit und Jugend

Kölner Erklärung der BAG Kindheit und Jugend

Der neue Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD verspricht einiges – aber hält sozialpolitisch wenig. Besonders der Abschnitt zur Kinder- und Jugendpolitik offenbart, wie tief diese Koalition in einem paternalistischen und technokratischen Denken verhaftet ist. Schutz wird versprochen, Beteiligung wird erwähnt, mentale Gesundheit wird angesprochen – doch die sozialen Ursachen von Armut, Ausgrenzung und psychischem Druck bleiben unangetastet.

Wir sagen klar: So stärkt man keine Kinder und Jugendlichen – so stärkt man nur das bestehende Ungleichgewicht.

Kinder- und Jugendarmut: Totgeschwiegen und ausgeklammert

Fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut. Sie wachsen auf ohne gesunde Ernährung, ohne ausreichende gesundheitliche Versorgung, ohne echte Teilhabe, haben eingeschränkten Zugang zu Bildung und Kultur. Wer in einem der reichsten Länder der Welt lebt, darf nicht in einer kalten Wohnung ohne Abendessen sitzen, während Politiker:innen die Umverteilung von unten nach oben unterstützen und sich selbst die Diäten erhöhen.

Dass der Koalitionsvertrag mit keinem Wort auf Kinderarmut eingeht, ist nicht nur eine politische Unterlassung – es ist ein Skandal. Wer Kinderrechte ernst nimmt, darf Armut nicht ausblenden. Er muss sie bekämpfen.

Unsere Forderungen:

- Eine armutsfeste Kindergrundsicherung, die wirklich bei den Familien ankommt – ohne bürokratische Hürden und Bedürftigkeitsprüfung.
- Kostenfreie Bildung und Betreuung – von der Kita bis zur Ausbildung/Uni.
- Ein massiver Ausbau öffentlicher Infrastruktur für Kinder und Jugendliche: Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportangebote, psycho-soziale Unterstützung, kindgerechte digitale Angebote.
- Steuerliche Umverteilung, damit Reichtum nicht länger auf der Armut der Jüngsten aufbaut.
- Kinderrechte ins Grundgesetz.

Schutz darf nicht Kontrollpolitik heißen

Was CDU/CSU und SPD als „Kinder- und Jugendschutz“ verkaufen, bleibt an der Oberfläche: Altersfreigaben, technische Sicherheit, Expertengremien. Doch die wahren Gefahren für Kinder und Jugendliche liegen nicht nur im Digitalen sondern sind Armut, Gewalt im sozialen Umfeld und in den Institutionen, soziale Ausgrenzung und psychischer Druck. Kinder- und Jugendschutz braucht keine Kontrollrhetorik. Junge Menschen brauchen soziale Gerechtigkeit.

Besonders auffällig: Kinder und Jugendliche werden im Koalitionsvertrag nicht als handelnde Subjekte gesehen, sondern als Objekte staatlicher Fürsorge und Kontrolle. Ihre Perspektiven, ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen bleiben weitgehend außen vor. Eine echte Anerkennung ihrer Rechte und ihrer aktiven Rolle in der Gesellschaft fehlt.

Kölner Erklärung der BAG Kindheit und Jugend

Mentale Gesundheit: Kein Problem von Individuen

Psychische Belastungen sind keine privaten Schicksale – sie entstehen in einem System, das Kinder zu früh in Leistung presst, das Familien im Stich lässt, das Perspektivlosigkeit produziert und Teilhabe verhindert.

Unsere Forderungen:

- Entlastung im Schulalltag statt Leistungsdruck.
- Niedrigschwellige psychologische Hilfe ohne Wartezeiten.
- Rückzugsräume und Freizeitangebote statt Konsumzwang.
- Sichere Wohnverhältnisse ohne Existenzangst.
- Eine starke Jugendhilfe als Unterstützungsstruktur.
- Eine mit Kindern und Jugendlichen entwickelte, lebensweltorientierten Ein-samkeitsstrategie.

Beteiligung ist mehr als ein PR-Gipfel

Ein „Kinder- und Jugendgipfel“ ohne konkrete Macht- und Ressourcenverschiebung ist kein Fortschritt – es ist Symbolpolitik. Wer Kinder und Jugendliche beteiligen will, muss sie in Entscheidungen einbinden: in der Kommune, in der Schule, in der Sozialgesetzgebung. Teilhabe und Teilnahme sind nur dann demokratisch, wenn sie mit realen Machtmitteln und materiellen Ressourcen unterfüttert werden.

Die Linke fordert:

- Mitbestimmung statt Mitmachillusion.
- Demokratiebildung als festen Bestandteil in allen Lebens- und Lernorten.

Auch hier zeigt sich: Was als Beteiligung verkauft wird, ist oft nur Fassade. Die Koalition will Jugendlichen angeblich zuhören – aber nicht mit ihnen gemeinsam entscheiden. Auch das ist Ausdruck eines Politikverständnisses, das junge Menschen nicht als Subjekte anerkennt, sondern sie bevormundet.



Inklusive Jugendhilfe braucht Geld – nicht nur Worte

Inklusion ist ein Menschenrecht, kein nice-to-have. Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist dringend notwendig – doch ohne ausreichende Mittel bleibt sie ein leeres Versprechen. Fachkräftemangel, überlastete Ämter und Fachkräfte, fehlende Angebote und Ressourcen vor Ort: Das lässt sich nicht mit Verwaltungsreformen lösen, sondern nur mit Investitionen in Personal, Räume und Strukturen.

Fazit: Dieser Koalitionsvertrag ist eine Mogelpackung.

Er spricht von Schutz, um Kontrolle zu rechtfertigen. Er erwähnt Beteiligung, ohne Macht abzugeben. Er redet über mentale Gesundheit, ohne soziale Ursachen und gesellschaftliche Zusammenhänge zu benennen. Er schweigt zur Kinderarmut – dem größten Skandal unserer Zeit. Und er behandelt Kinder und Jugendliche nicht als politische Subjekte, sondern als passive Empfänger staatlicher Maßnahmen.

Wir kämpfen für echte soziale Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft, in der jedes Kind ohne Angst groß werden kann – nicht nur mit digitalem Filter, sondern mit echter Zukunftsperspektive.

Armut ist kein Schicksal – Armut ist politisch verursacht.

Wir machen Politik dagegen!